

Interview
20. April 2022

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Sigmar Gabriel

Tobias Armbrüster: Die Ukraine – viele Staaten sind zurzeit bereit, ihr schwere Waffen zu liefern, Haubitzen, Panzer. Aus Washington hören wir heute Morgen sogar, dass die Ukraine auch Kampfflugzeuge bekommt – alles allerdings ohne Unterstützung aus Deutschland. Die deutsche Bundesregierung zögert nach wie vor bei der Lieferung von schweren Waffen, auch wenn Olaf Scholz Waffenkäufe finanzieren will und der Ukraine auch eine Liste von möglichen Systemen vorgelegt hat. Aus der Ukraine selbst hagelt es weiter Kritik. Die Liste aus Berlin sei unbrauchbar, hat gestern Abend der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk gesagt.

O-Ton Andrij Melnyk: „Ja, das Problem ist, dass diese quasi bereinigte Liste, die wir bekommen haben von der Bundesregierung vor ein paar Wochen, dass auf dieser Liste gar keine schweren Waffen sich befinden. Und deswegen: Wir wissen gar nicht, was für diese eine Milliarde Euro, die jetzt heute verkündet wurde, was da bestellt werden kann, weil die Waffen, die wir brauchen, die sind halt nicht auf dieser Liste.“

Armbrüster: Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Berlin, gestern Abend im ZDF. – Am Telefon ist jetzt Sigmar Gabriel von der SPD. Er war früher Außenminister, SPD-Chef und ist aktuell der Vorsitzende der Atlantik-Brücke. Schönen guten Morgen, Herr Gabriel.

Sigmar Gabriel: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Gabriel, macht sich Deutschland gerade international zum Gespött?

Gabriel: Ich glaube dem Bundeskanzler, wenn er sagt, dass er das, was er bereit ist, zur Verfügung zu stellen, in Absprache mit dem Bündnis macht, also mit der NATO, und hier insbesondere mit den USA. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass eine deutsche Bundesregierung in dieser Frage Alleingänge macht. Deswegen habe ich keinen Grund, daran zu zweifeln, dass der Kanzler mindestens mal mit dem Weißen Haus und auch mit Großbritannien und anderen NATO-Partnern geklärt hat, wer welche Aufgaben übernimmt. Alles, was die USA tun, können wir auch machen; alles, was die USA nicht tun, davon sollten wir auch die Finger lassen.

Armbrüster: Warum tun wir dann nicht das, was die USA machen, und vor allen Dingen das, was die Ukraine sich von uns wünscht?

Gabriel: Das sind jetzt zwei unterschiedliche Dinge, was die Ukraine von uns wünscht und was die USA tun. Wenn ich da richtig informiert bin, liefern die USA auch keine Panzer, und auch Großbritannien tut das nicht. Darum hat sich ja die Debatte in den letzten Wochen gedreht, sollen wir Panzer liefern oder nicht. Schwere

Waffen ist ja ein sehr weiter Begriff. Ich weiß ja nicht, was da alles drunter verstanden wird. Ich glaube, dass der Grund, warum die Vereinigten Staaten und Großbritannien das nicht tun, der gleiche ist, warum Olaf Scholz zögert, das zu tun, weil sie Angst haben, dass sie mit der Lieferung dieser Waffen selbst eintreten in diesen Krieg und bei der anderen Seite, bei Putin damit rechnen müssen, dass er solche Panzer versucht, mit dem Einsatz taktischer Nuklearwaffen abzuwehren. Das will niemand. Dieses Risiko will die westliche Allianz nicht eingehen und das scheint mir der Hauptgrund zu sein. Ob sich das in den nächsten Wochen angesichts der zunehmenden Gewalt der Russen noch mal ändert, das weiß ich nicht, aber ich glaube, dass die Bundesrepublik Deutschland Hand in Hand und in enger Abstimmung mit den Alliierten der NATO und den USA es machen muss, und ich habe jedenfalls keinen Grund, daran zu zweifeln.

Armbrüster: Herr Gabriel, wir hören jetzt allerdings zum Beispiel aus Washington, aus dem Pentagon, die Ukraine habe Kampfflugzeuge, auch Ersatzteile für Kampfflugzeuge erhalten. Wir hören aus Belgien und den Niederlanden, dass dort sehr wohl schwere Waffen in die Ukraine geliefert werden. Es gibt ja offenbar Berichte über einen erheblichen Unterschied zwischen dem, was andere Staaten bereit sind zu tun, und dem, was Deutschland macht.

Gabriel: Ich weiß schlicht und ergreifend nicht, ob das stimmt oder nicht, und wenn im Pentagon was gesagt wird, ob es am Ende tatsächlich dazu kommt, dass Kampfflugzeuge an die Ukraine geliefert werden. Sie erinnern sich: Es gab schon mal eine solche Debatte am Beginn und dann ist sehr schnell die beendet worden. Damals ging es darum, ob Kampfflugzeuge in Polen starten und landen sollen und an die Ukraine ausgeliefert werden. Das ist dann ganz schnell gestoppt worden, weil man Sorge hatte, dass das zu einer Eskalation des Krieges führt. Ich finde schlicht und ergreifend – das ist das vielleicht, was man von allen NATO-Staaten gemeinsam erwarten muss -, dass öffentlich gesagt wird, wer tut was und warum tut der eine dieses und der andere jenes. Das, glaube ich, ist nötig, um klarzumachen, warum die Staaten sich möglicherweise unterschiedlich verhalten. Aber noch mal: Bislang sehe ich nur, dass bei der Frage schwerer Waffen, Panzer beispielsweise, alle hoch zurückhaltend sind, und dann gibt es noch einen Unterschied. Ob Belgien oder die Niederlande das machen, oder Großbritannien, die USA und Deutschland, ist ein Riesenunterschied. Meine Hoffnung ist, dass die Bundesregierung sich mit den USA abstimmt, mit dem Weißen Haus, auch mit den Briten, um zu klären, wie weit wollen wir gehen und wo ist die Grenze, die wir nicht überschreiten wollen, weil hier in Europa, glaube ich, niemand ein Interesse daran hat, auch die Ukraine nicht, an einer Ausweitung des Krieges in Richtung des Einsatzes von taktischen Nuklearwaffen.

Armbrüster: Was sagen Sie dann zu Politikern in anderen westlichen Hauptstädten, die ebenfalls zu dieser Schlussfolgerung kommen, die sagen, Deutschland führt nicht, Deutschland ist viel zu zögerlich?

Gabriel: Das erste, was man, glaube ich, sagen muss, ist: Die Forderung, Deutschland soll führen, darf ja nicht bedeuten, Deutschland muss immer das machen, was andere fordern. Führung kann ja erst mal heißen, dass auch ein Land sich die Konsequenzen dessen überlegt, was passieren kann, wenn es beispielsweise echter Kriegsbeteiligter wird.

Das zweite: Ich kann mich nur wiederholen! Ich würde das gleiche sagen wie zu Ihnen. Ich würde sagen, enge Abstimmung mit dem Weißen Haus, enge Abstimmung mit Downing Street. Allerdings – das gebe ich zu – ich würde auch erwarten, dass die NATO-Staaten öffentlich klarer machen, was ihr Gesamtkonzept ist, wer welche Aufgaben übernimmt, um damit auch diesen Verdacht auszuräumen, die Bundesregierung würde sich außerhalb der Absprachen der NATO bewegen.

Armbrüster: Herr Gabriel, das alles hat natürlich Konsequenzen, direkte Konsequenzen in der Ukraine selbst. Wir haben hier vor etwa einer halben Stunde Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin gehört, die gesagt hat, schwere Waffen sind dringend nötig, die braucht die Ukraine dringend, gerade in der aktuellen Phase dieses Krieges, in dieser russischen Offensive. Heißt das, was Sie jetzt sagen, man lässt die ukrainische Armee am langen Arm verhungern?

Gabriel: Ich muss mal ganz offen sagen: In den letzten Wochen habe ich unglaublich viele neue Militärexperten erlebt, ungefähr in der Anzahl, wie wir zuvor Virologen hatten. Die Tatsache, dass die Ukraine der Überzeugung ist, dass sie auch Panzer braucht, kann doch nicht bedeuten, dass in der NATO, die für sich entschieden hat, sie will kein Kriegsbeteiligter werden gegen Russland, dass wir dann sagen, wir machen alles, auch wenn uns das in einen unmittelbaren Konflikt mit Russland, in die Nähe der Nutzung von Nuklearwaffen bringt. Das muss doch der NATO gestattet bleiben, wenn sie sagt, wir wollen keine direkte Kriegsbeteiligung, die Frage zu klären, wo ist die Grenze, die wir nicht überschreiten wollen. Das erwarte ich übrigens von der NATO-Führung und das hat auch bisher niemand in Frage gestellt. Die Position, die Sie gerade geschildert haben, würde ja bedeuten, ganz egal, ob uns das in einen direkten Konflikt mit Russland bringt oder nicht, wir haben das zu liefern, was die Ukraine jetzt braucht, um gegen Russland standzuhalten, ganz egal, welche Konsequenzen das hat. Das ist bislang jedenfalls nicht die Position des Westens. Das ist für alle, die diesen Krieg sehen, bitter. Das ist für alle, die sehen, was Russland in Mariupol anrichtet und in anderen Städten, schrecklich. Aber ich darf mal daran erinnern: Von Anfang an haben die NATO-Staaten gesagt, eine direkte unmittelbare Konfrontation mit Russland wollen wir nicht. Und ich glaube, was die machen – ich kann das ja auch nur vermuten – ist, dass insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien als Atommächte, Frankreich sicher auch, abwägen, wo ist die Grenze dessen, wie weit wir gehen können, und wenn wir das überschreiten, wie schnell sind wir dann im direkten Krieg mit Russland. Ich glaube, dass das verantwortungsbewusstes Handeln ist, wenn man sagt, wir liefern das, was der andere jetzt braucht und fordert, dann müssen Sie die andere Frage ausklammern und dann kann es gefährlich werden – nicht nur für die Ukraine, sondern auch für den Rest in Europa.

Armbrüster: Aber, Herr Gabriel, das ist ja alles gar nicht so abgestimmt und koordiniert, wie Sie das schildern. Selbst in der Bundesregierung in sich gibt es da ja große Widersprüche. Wir haben gerade Anton Hofreiter gehört, der den Bundeskanzler ganz offen kritisiert. Wir hören Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, die selbst immer wieder schwere Waffenlieferungen fordert. So einig, wie Sie das schildern, ist dieses Bündnis, ist ja selbst diese Bundesregierung überhaupt nicht in dieser Frage.

Gabriel: Die Bundesregierung ist noch was anderes als Mitglieder des Parlaments. Ich muss immer ein bisschen mich zurückhalten, wenn ich höre, dass Toni Hofreiter

inzwischen Panzer fordert. Ich weiß noch, dass die Grünen und er vorneweg jeden Waffenexport, der über ein Luftgewehr hinausging, in der Vergangenheit für nein erklärt, für unmöglich erklärt haben. Das müssen die Regierungsparteien miteinander selber klären.

In der Tat würde ich mir wünschen – das habe ich vorhin schon gesagt -, dass es ein größeres Maß an Transparenz gibt über die Frage, was ist im Bündnis abgesprochen, welche Aufgabenverteilung gibt es, und dann beruhigt sich möglicherweise auch die Debatte innerhalb der Koalition. Aber die Entscheidungen über die Frage, wer liefert welche Waffen, die trifft nicht der Kanzler; die trifft in Deutschland der sogenannte Bundessicherheitsrat. Da sitzt der Bundeswirtschaftsminister, da sitzt die Außenministerin, da sitzt die Verteidigungsministerin, da sitzen die Vertreter der Geheimdienste. Das ist ein Gremium, bei dem die Regierung das gemeinsam entscheiden muss. Das ist nicht der Kanzler alleine – auch der Finanzminister sitzt da -, sondern da sitzen auch alle anderen Parteien, und ich erwarte von denen, dass sie gemeinsame Entscheidungen treffen und, noch mal, dass sie öffentlich machen, in welcher Abstimmung sie mit den anderen Alliierten sind.

Armbrüster: Sie sind in den letzten Tagen, Herr Gabriel, häufig mit dem ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk aneinandergeraten. Wieso streiten Sie sich so heftig?

Gabriel: Herr Melnyk hat sich dagegen gewehrt, dass ich den deutschen Bundespräsidenten verteidigt habe, und ich fand die Angriffe auf den deutschen Bundespräsidenten unerhört. Frank Steinmeier ist derjenige, der mehr als alle anderen in Europa für die Ukraine getan hat, bis hin zur heutigen Gasversorgung. Ich meine, das ist russisches Erdgas, das über die transukrainische Pipeline nach Europa geliefert wird, und dann haben wir vereinbart, es gibt einen sogenannten Revers Flow. Das heißt, die Ukraine kauft heute das Gas nicht mehr in Russland, sondern bei uns. All diese Dinge zur Absicherung der ukrainischen Gasversorgung, die damaligen Verträge, wie man einen Waffenstillstand herstellt, dafür stehen Steinmeier und Merkel. Und ich finde, den deutschen Bundespräsidenten zu beschimpfen und zu sagen, der sei in der Mitte eines Spinnennetzes, bei dem man russischen Einfluss gewebt habe, das finde ich unerhört! Dagegen habe ich mich zur Wehr gesetzt und das scheint, Herrn Melnyk nicht zu gefallen. Das ist so in der Demokratie. Da kann man unterschiedliche Auffassungen haben. Ich fand die Angriffe auf Steinmeier empörend!

Armbrüster: Herr Melnyk ist mit dieser Kritik ja nicht alleine. Viele sagen sogar, im Grunde ist es die SPD, Ihre Partei, die ein riesen Russland-Problem hat.

Gabriel: Das ist ja insofern interessant, dass, wenn ich mich richtig erinnere, seit 2005 die Russland-Politik von einer CDU/CSU-Kanzlerin gemacht wurde. Der miserable Zustand der Bundeswehr – na ja, seit 2005 bis zum letzten Jahr sind es CDU/CSU-Verteidigungsminister gewesen. Jetzt müssen Sie mir mal erklären, warum das ein Problem der Sozialdemokratie ist. Im Deutschen Bundestag ist weit über alle Parteigrenzen hinweg die Kanzlerin, wie ich finde, übrigens zurecht darin unterstützt worden, damals nach dem Einmarsch der Russen auf der Krim und dem beginnenden Krieg in der Ostukraine den Versuch zu unternehmen, den Krieg einzudämmen und nicht ausweiten zu lassen – die berühmten Minsker Verträge. Dass das dann alles sowohl von der Ukraine wie von Russland am Ende zwar

unterschrieben, aber nicht wirklich umgesetzt wurde, das ist doch nicht die Verantwortung der SPD oder von Frau Merkel oder der damaligen Regierungen. Natürlich ist die Kritik berechtigt, dass wir zu lange die Osteuropäer mit ihren Warnungen gegenüber Nord Stream 2 ignoriert haben. Wir haben zu lange Russland als eine Art nächste Sowjetunion betrachtet und mit der hatte in der Vergangenheit bei Energiefragen niemand ein Problem. Der Unterschied ist: Die Sowjetunion war eine Status quo Macht; Russland ist eine revisionistische Macht, die auch mit Gewalt Grenzen verändern will. Das haben wir viele, viele Jahre nicht richtig gesehen und das, glaube ich, ist ein Fehler, den wir auch eingestehen müssen. Nur: Nord Stream 2 ist doch nicht die Ursache für den Krieg, sondern der in der Ostukraine sich tief eingegrabene Konflikt, den man hätte nur mit einem wirklichen UN-Friedensmandat, mit bewaffneten UN-Soldaten stoppen können – der Waffenstillstand ist ja nie eingehalten worden dort -, das sind Ursachen für diesen Krieg, aber doch nicht eine falsche Energiepolitik. Die hat uns Schwierigkeiten gebracht. Wir sind nicht genug unabhängig, das stimmt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.